

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i>	1
<i>§ 1 Die mitgliedschaftliche Kompetenzschutzklage</i>	5
A. Problemstellung	5
B. Zur Charakterisierung des Teilhaberechts an Verbands- entscheidungen	8
I. Gesetzliche Grundlagen	8
II. Die Funktion des Entscheidungsteilhaberechts von Gesellschaftern und Aktionären	8
III. Die Transformation des Teilhaberechts in einen durchsetzbaren Anspruch	10
1. Die Bindung der Geschäftsführung an den Gesellschafter- Entscheid	10
2. Rechtliche Betroffenheit aller Gesellschafter	12
3. Auszuscheidende Fälle	13
4. Im Überblick: Denkbare Rechtsbehelfe zur Durchsetzung der Befolgungspflicht	14
IV. Kompetenzschutzklage als Instrument der objektiven Rechts- kontrolle?	15
V. Befolgungsanspruch als materielles Recht der Gesellschaft bzw. des beschließenden Organs?	16
1. Der Ansatz	16
2. Das subjektive Recht auf Entscheidungsteilhabe	17
3. Ersatzaufsichtsrecht des Aktionärs	18
VI. Befolgungsanspruch auf deliktsrechtlicher Grundlage?	19
1. Mitgliedschaft als subjektives Recht	19
2. Mitgliedschaft als „sonstiges“ Recht	22
a) Ausschluß- und Nutzungsfunktion	22
b) Zur Funktion des subjektiven Rechts	23
c) Die Parallele zur gewöhnlichen Forderung	24
d) Die Präexistenz des Herrschaftsobjekts	25
e) Herrschaftsrechte an anderen Rechtspersonen?	27
f) Kein Deliktsschutz der allgemeinen Handlungsfreiheit	29
g) Sozialtypische Offenkundigkeit	31

3.	Zwischenergebnis	33
a)	Kein Deliktsschutz mitgliederschaftlicher Rechte im Verbands- innenverhältnis	33
b)	Negatorischer Schutz von Mitgliedsrechten gegenüber Dritten? .	34
VII.	Die verbandsrechtliche Grundlage des Befolungsanspruchs	36
1.	Das Holz Müller-Urteil des BGH	36
2.	Kein Schadensersatzanspruch	37
3.	Kein Abwehranspruch	38
4.	Der Befolungsanspruch als primärer Erfüllungsanspruch aus dem Mitgliedschaftsverhältnis	38
5.	Das Einberufungsquorum: Ein Einwand?	40
6.	§ 118 I AktG: Ein Einwand?	41
VIII.	In Sonderheit: Die Teilnahme Unbefugter an der Abstimmung	42
C.	Zusammenfassung	43
§ 2	<i>Die actio pro socio</i>	45
A.	Problemstellung	45
B.	Die materiellrechtliche Zuordnung von Sozialansprüchen	46
I.	Das Postulat eines eigenen Leistungsanspruchs des Gesellschafters	46
1.	Personengesellschaft	46
2.	Kapitalgesellschaften	46
a)	Rechtsgrundlagen mitgliederschaftlicher Leistungsansprüche	46
b)	Die verbandsrechtliche Begründung eines eigenen Forderungs- rechts des Gesellschafters	47
c)	Deliktsrechtliche Begründungsversuche	52
II.	Innengesellschaft neben der GmbH?	52
III.	Deliktische Verkehrspflicht für fremdes Vermögen?	53
IV.	Haftung nach §§ 823 II BGB, 43 GmbHG?	54
V.	Die Differenzierung der Treupflicht	55
1.	Treupflicht gegenüber den anderen Mitgliedern	56
2.	Treupflicht gegenüber dem Verband	56
a)	Entscheidungen in Geschäftsführungsangelegenheiten	56
b)	Schädigungsverbot	57
c)	Entscheidungen in Grundlagenangelegenheiten	59
VI.	Die Umsetzung des Zweckverfolgungsinteresses in Rechtspositionen der Gesellschaft	61
VII.	Das Argument der materiellen Konfliktbeteiligung	64
VIII.	Das Argument des Gesellschafter-Eigeninteresses	65
IX.	Das Gesellschaftsinteresse als imaginäre Größe	67
1.	Die Projektionsidee	67
2.	§ 117 I 2 AktG und die Problematik der Reflexschäden	69
3.	Die mitbestimmte Gesellschaft als eigenständiger Interessenträger .	70

X.	Das Argument der drohenden Ausfallhaftung	71
1.	GmbH	71
2.	Personengesellschaft	72
XI.	Klage aus eigenem Recht bei Gleichheitsverstoß?	73
C.	Die actio pro socio und die Kompetenzordnung der GmbH	74
I.	Überblick über die Zuständigkeit für die Anspruchsverfolgung nach dem GmbHG	75
II.	Insbesondere § 46 Nr. 8 GmbHG	76
III.	Der Normzweck des § 46 Nr. 8 GmbHG: Schutz von Gesellschafts- interna?	77
IV.	§§ 46 Nr. 2, 8 GmbHG: Das Hierarchieprinzip	79
V.	§ 46 Nr. 2, 8 GmbHG: Das Prinzip der beschränkten Haftung	79
VI.	Konsequenzen für die actio pro socio	80
VI.	Die Einzelklage nach gefaßtem Einforderungsbeschluß	82
VII.	Mögliche Alternativen zur actio pro socio	83
1.	Kombinierte Zustimmung- und Schadensersatzklage?	83
2.	Beschlußmängelklage gegen den die Einforderung ablehnenden Beschluß?	84
IX.	Die Vereinfachungsfunktion der actio pro socio	86
1.	Die Wertungsgrundlagen bei Schadensersatzansprüchen	86
2.	Die Wertungsgrundlagen bei Einlageansprüchen	89
3.	Prozeßökonomie und mitgliedschaftliche Pflichtenstellung	90
4.	Tu-quoque-Einwand des Beklagten?	93
5.	Klagebefugnis auch des stimmrechtslosen Anteilsinhabers	94
X.	Actio pro socio und Verzichtsbeschluß	94
D.	Die Position der übergangenen Gesellschafter in der GmbH	96
I.	Problemstellung	96
1.	Der Beitrag des übergangenen Gesellschafters zur gesellschafts- internen Willensbildung	96
2.	Der hypothetische Einforderungsbeschluß und die gegen ihn gerichteten Rechtsbehelfe	97
II.	Hauptintervention?	98
1.	Intervention der Gesellschaft?	98
2.	Intervention des übergangenen Gesellschafters?	98
a)	Negative Rechtsbehauptung	98
b)	Zum Normzweck des § 64 ZPO	99
c)	Folgerungen	100
d)	Das Problem der Rechtskraft inter partes	101
III.	Streitgenössische Nebenintervention	102
E.	Die actio pro socio im Kompetenzgefüge der Personenhandels- gesellschaft	104
I.	Schadensersatzansprüche	105

II. Einlageansprüche	106
III. Die actio pro socio als Ersatz für einen Einforderungsbeschuß	108
1. Subsidiarität der actio pro socio	108
2. Insbesondere die Schadensersatzklage wegen Verletzung des Wettbewerbsverbots	110
3. Die actio pro socio als Ersatz selbst für den einstimmig zu fassenden Einforderungsbeschuß	111
F. Die actio pro socio in der Aktiengesellschaft	111
I. Schadensersatzansprüche	111
1. Die Sperrwirkung des § 147 AktG	111
2. Konzernrechtliche Ausnahmeregelungen	113
3. In Sonderheit: Actio pro socio als Ersparnis der auf Rechts- verfolgung gerichteten positiven Beschlußfeststellungsklage?	115
II. Verbotene Auszahlungen	116
III. Der primäre Einlageanspruch	117
IV. Gesamtwürdigung	117
G. Rechtshängigkeit und Rechtskraft bei der actio pro socio	118
I. Gesetzliche oder gewillkürte Prozeßstandschaft?	118
II. Prozeßstandschaft und Rechtskrafterstreckung	119
1. Die herrschende Lehre: Differenzierung zwischen gewillkürter und gesetzlicher Prozeßstandschaft	119
2. Das Kriterium der Zumutbarkeit	120
3. Das Kriterium der Verfügungsbefugnis	121
4. Die „Insolvenzprobe“	122
III. Die verbandsrechtliche Zielsetzung der actio pro socio	124
IV. Stellungnahme	124
1. Die Irrelevanz ausschließlicher oder kumulativer Prozeßführungs- befugnis	124
2. Die Irrelevanz der Verfügungsbefugnis	125
3. Ein Anspruch – eine Klagebefugnis	126
4. Folgerungen	128
V. Die actio pro socio bei nachlässiger Prozeßführung durch die Gesell- schaft	129
1. Problemstellung	129
2. Eigener Anspruch des Gesellschafters als Ausweg?	130
3. Beitritt des Gesellschafters als Hauptpartei?	131
4. Haupt-/Nebenintervention?	132
5. Aufnahme des Rechtsstreits analog § 241 I ZPO?	133
6. Der Gesellschafter als Sondervertreter	134
a) § 46 Nr. 8 GmbHG?	134
b) § 147 II 2, III 1 AktG analog?	135
c) Insbesondere der Einlage- und Rückeinlageanspruch	138

H. Die actio pro socio gegen den Fremdgeschäftsführer einer GmbH	138
I. Problemstellung	138
II. Die Ansicht der Rechtsprechung	139
III. Organbestellung/Anstellungsvertrag mit Schutzwirkung für die Gesellschafter?	140
IV. Instrumentalisierung des Befolungsanspruchs?	141
V. Die Grundwertung der actio pro socio und ihre Überzeugungskraft gegenüber Fremdorganen	143
J. Die „präventive“ actio pro socio in der Personengesellschaft	144
I. Der Primäranspruch auf Förderung des Gesellschaftszwecks	144
II. Die Rolle der Organisationsverfassung	145
1. Der Standpunkt des BGH	145
2. Zur Bedeutung der Weisungsfreiheit	146
3. Zur Bedeutung eines speziellen Überwachungsorgans	147
4. Präventive Klagerechte bei Teilnahmerecht an Geschäftsführungsbeschlüssen	148
5. Präventive Klagerechte ohne Teilnahmerecht an Geschäftsführungsbeschlüssen	149
6. Die präventive actio pro socio außerhalb von Geschäftsführungsmaßnahmen	152
K. Die actio pro socio nach Verlust der Mitgliedschaft	152
I. Das Abgrenzungsproblem: Parteiwechsel oder § 265 ZPO?	153
1. Die Interessenbewertung beim gesetzlichen Parteiwechsel nach §§ 239ff. ZPO	153
a) §§ 239, 242 ZPO	153
b) § 240 ZPO	154
2. Die Interessenbewertung des § 265 ZPO	155
a) Bei Bindung des Rechtsnachfolgers	155
b) Bei fehlender Bindung des Rechtsnachfolgers	157
3. Konsequenz: Dreiteilung der Rechtsfolgen	157
II. Übertragung der Mitgliedschaft	158
1. Die Radikallösung: Gänzlicher Verlust der Prozeßführungsbefugnis?	158
2. Kohärenz von Prozeßvorteil und Kostenrisiko	159
3. Gesellschafterwechsel und der Wortlaut des § 265 ZPO	159
a) Die Bedeutung der materiellrechtlichen Anspruchszuordnung	159
b) Der Übergang der isolierten Prozeßführungsbefugnis als Anwendungsfall des § 265 ZPO	160
4. Die gesetzssystematische Abstimmung zwischen § 265 ZPO und dem gesetzlichen Parteiwechsel	161
a) Die Suche nach verallgemeinerungsfähigen Abgrenzungskriterien	161

b)	Parteiwechsel nur bei Schutz außenstehender Dritter?	161
c)	Der Anknüpfungspunkt des § 265 ZPO: Freiwillige Disposition oder Nachfolge in Einzelgegenstand?	162
d)	Zwischenergebnis: Die actio pro socio im Spannungsfeld der Abgrenzungskriterien	165
5.	Die beliebig wiederholbare Rechtsübertragung als Anknüpfungspunkt des § 265 ZPO	166
6.	Ergebnis	168
7.	Zur Position der unbeteiligten Gesellschafter	169
III.	Ersatzloses Ausscheiden aus der Gesellschaft	169
1.	Die Anwachsung als „Veräußerung“ i.S. des § 265 ZPO?	169
2.	Die actio pro socio im Liquidationsstadium: Ein Argument?	170
3.	Überlegungen zur Prozeßökonomie	171
4.	Fortsetzung des Prozesses durch die Gesellschaft?	172
a)	Die Prozeßführungsbefugnis als Zulässigkeitsvoraussetzung	172
b)	Nochmals: Zur Abgrenzung von Parteiwechsel und § 265 ZPO	172
c)	Zur Begründung eines gesetzlichen Parteiwechsels	174
5.	Ergebnis	176
L.	Zusammenfassung	176
§ 3	<i>Die Ausschlußklage</i>	179
A.	Die Ausschlußklage in den Kapitalgesellschaften	179
I.	Die grundsätzliche Möglichkeit des Ausschlusses	179
II.	Das Gestaltungsklageprinzip	181
III.	Der Gestaltungsanspruch bei der Ausschlußklage	182
1.	Die materiellrechtliche Verpflichtung zum Ausscheiden	182
2.	Die Gesellschaft als Gläubigerin des Ausschlußanspruchs	184
IV.	Die Beteiligung des Mitgliedsorgans	185
1.	Das Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses in der GmbH	185
2.	Das Erfordernis eines Hauptversammlungsbeschlusses in der AG	186
3.	Einfache oder qualifizierte Mehrheit?	190
a)	Die Überlegungen in der bisherigen Diskussion	190
b)	Würdigung	191
c)	Der Erst-recht-Schluß aus § 186 III AktG	192
4.	Die Gegenwehr des Ausschlußbeklagten	194
B.	Die Ausschlußklage in der Personengesellschaft	196
I.	Zur Deutung des Ausschlußrechts	197
1.	Bisherige Ansätze	197
2.	Die Projektionsidee	197
3.	Der Ausschluß als Gegenstück zum Beitrittsvertrag: Ein Einwand?	200
4.	Zur Bedeutung von normativer und Realstruktur	201
II.	Der Ausschlußprozeß im Spiegel von Rechtsprechung und Literatur	202

1. Prozessuale Ausgangsfragen	202
2. Das Konzept des BGH	202
a) Ausschlußklage durch alle übrigen Gesellschafter in materiell- rechtlich notwendiger Streitgenossenschaft	202
b) Gleichzeitiger Ausschluß mehrerer Gesellschafter	204
c) Verbindung von Ausschluß- und Zustimmungsklage	204
d) Materiellrechtliche Zustimmung oder Prozeßführungs- ermächtigung?	205
e) Würdigung	206
3. Zustimmungsurteil als Zwischenurteil über die Zulässigkeit der Ausschlußklage?	209
a) Der Ansatz	209
b) Das Ausmaß der Abweichung vom Gesetzeswortlaut	210
c) Gleichzeitiger Ausschluß mehrerer Gesellschafter	211
d) Würdigung	211
4. Mehrseitige Rechtsverhältnisse und Zweiparteienprinzip	212
a) Der Ansatz	212
b) Würdigung	215
5. Das Beiladungsmodell des § 856 ZPO	216
a) Der Ansatz	216
b) Das Ausmaß der Abweichung vom Gesetz	218
c) Würdigung	219
aa) Der Abschied vom Dogma der Gestaltungswirkung inter omnes	219
bb) Beschränkung der Urteilswirkungen und das Ziel der einheitlichen Streiterledigung	223
cc) Keine unterschiedliche Beteiligungsform auf Kläger- und Beklagtenseite	224
dd) Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung	225
III. Stellungnahme: Die Gesellschaft als Ausschlußklägerin	226
1. Parteirolle und Gesetzeswortlaut	226
2. Das Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses	227
3. Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung	228
4. Gesellschaftsinterne Konflikte als Erschwernis der Ausschließung?	229
a) Gesellschaft mit Austrittsregel	229
b) Gesellschaft mit Auflösungsregel	231
5. Das Problem der Kostengerechtigkeit	232
a) Disparität im Kostenrisiko	232
b) Kostenerstattungsanspruch kraft mitgliedschaftlicher Treu- pflicht?	233
c) Projektionsidee und Prozeßkosten	233
IV. Rechtsformübergreifende Konsequenzen	235
1. Die als actio pro socio erhobene Ausschlußklage in der Personen- gesellschaft	235
a) Gesellschaft mit Austrittsregel	235

aa) Die Überwindung des Widerspruchs dissentierender Gesellschafter	235
bb) Gleichzeitiger Ausschluß mehrerer Gesellschafter	236
b) Gesellschaft mit Auflösungsregel	237
c) Der Stellenwert der Prozeßökonomie im Verhältnis zu den Individualinteressen der Gesellschafter	238
aa) Korrelation von Prozeßökonomie und materiellrechtlichem Vorrang der Zweckverfolgung	238
bb) Nochmals: Das Mitwirkungs-Zwischenurteil	238
2. Die als actio pro socio erhobene Ausschlußklage in der Kapitalgesellschaft	239
V. Exkurs: Die Entziehungsklage nach §§ 117, 127 HGB	241
C. Das Abfindungsproblem in der GmbH im Lichte der Rechtsschutzeffizienz	243
I. Die besondere Gefahr des Abfindungsausfalls	243
II. Das Postulat der Gleichzeitigkeit von Abfindung und Verlust der Mitgliedschaft	244
III. Das Konzept des BGH	245
IV. Das Auflösungsmodell	248
1. Der Ansatz	248
2. Auflösungsrecht ohne Mitgliedschaft?	249
3. Besicherung der Abfindung zu Zerschlagungswerten?	249
V. Verlust der Mitgliedschaft gegen vorläufige Abfindung	250
1. Der Ansatz	250
2. Bedenken	251
VI. Treupflicht und Suspendierung der Gesellschafterrechte	251
1. Materiellrechtliche Grundlagen	251
2. Die Suspendierungsklage	252
3. Vorläufige Rechtsgestaltung im Hauptsacheverfahren: Ein Einwand?	253
4. Entscheidungszuständigkeit nach Scheitern des Ausschlusses	254
D. Ausschlußklage und Gesellschafterwechsel	256
I. Unproblematische Fälle	256
II. Gesellschafterwechsel auf der Seite des Ausschlußbeklagten	257
1. Zum Meinungsstand	257
2. Der höchstpersönliche Charakter des Streitgegenstandes	258
3. Der mögliche Rückerwerb des Anteils als Bedrohung der Rechtsschutzeffizienz	259
4. Die Feststellungswirkung von Gestaltungsurteilen	259

§ 4	<i>Zwischenergebnis</i>	261
A.	Die Erwartungen an das Prozeßrecht gesellschaftsinterner Streitigkeiten	261
I.	Streiterledigung in einem einzigen Prozeß	261
1.	Allseitige Verbindlichkeit der Entscheidung	261
2.	Effektive Zweckverfolgung durch effektives Gerichtsverfahren	261
II.	Verschonung prozeßunwilliger Gesellschafter	262
B.	Legitimität und Verwirklichung der Erwartungen	263
I.	Der Zweckverfolgungsgedanke als Legitimationsfaktor	263
II.	Der Konflikt mit dem mitgliedschaftlichen Eigeninteresse	263
1.	Umverteilung der Initiativlast	263
2.	Gesellschafts- versus mitgliedschaftliches Eigeninteresse	264
III.	Die Parteirolle der Gesellschaft	265
1.	Die allseitige Verbindlichkeit der Entscheidung	265
2.	Zur Effizienz der Rechtsverfolgung	265
3.	Arbeitshypothese	266
C.	Prozeßrecht und Umfang materiellrechtlicher Interventionsbefugnisse	266
§ 5	<i>Der aktienrechtliche Beschlußmängelstreit</i>	268
A.	Das Gestaltungsklageprinzip	268
I.	Anfechtungsklage als Gestaltungsklage	268
II.	Nichtigkeitsklage als Gestaltungsklage?	270
1.	Die Reichweite der Urteilswirkungen	270
2.	Die Identität des Streitgegenstands von Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage	270
3.	Konsequenz: Nichtigkeitsklage als Gestaltungsklage?	272
a)	Der Ansatz	272
b)	Die Urteilswirkungen	272
c)	Rechtsschutzziel und Streitgegenstand	273
4.	Konsequenzen	275
B.	Die Kontrollfunktion des Anfechtungsrechts	276
I.	Materiellrechtlicher Anspruch auf rechtmäßige Beschlußfassung?	277
1.	Die These	277
2.	Die Anfechtungsklage als actio negatoria?	278
3.	Die Beschlußfassung in Geschäftsführungsangelegenheiten	279
4.	Die Beschlußfassung in Grundlagenangelegenheiten	280
a)	Kapitalerhöhung zur Vermeidung der Zwangslöschung	280
b)	Sanierende Kapitalherabsetzung	281

c) Kapitalerhöhung mit Bezugsrechtsausschluß	283
d) Hinausdrängen von Aktionären durch Umgehungsmaßnahmen	285
5. Die Novelle von 1884: Ein Einwand?	287
II. Der Beschlußmängelstreit als objektives Rechtsbeanstandungsverfahren	287
1. Objektive Rechtskontrolle ohne subjektiven Anspruch	287
2. Rechtskontrolle in privater Initiative statt Aktienamt	289
3. Außenwirksame Beschlüsse und die Verteidigung von Drittinteressen: Ein Einwand?	291
4. Objektive Rechtskontrolle durch den Registerrichter: Ein Einwand?	291
C. Zur Funktion der Beklagtenrolle der Gesellschaft	294
I. Die praktische Unmöglichkeit der Klage gegen alle Mitaktionäre	295
II. Allseitige Rechtskraft ohne notwendige allseitige Prozeßbeteiligung	296
III. Exkurs: Beschlußmängelstreit und Auskunftserzwingungsverfahren.	297
D. Die Beteiligung der übrigen Aktionäre	302
I. Mehrheit von Anfechtungsklagen?	302
1. Verbindungszwang und Rechtshängigkeitssperre	302
2. Zum Streitgegenstand der Beschlußmängelklage	303
a) Die potentielle Vielfalt von Beschlußmängeln	303
b) Ein Beschluß – ein Streitgegenstand?	304
c) Die Aussagen des zweigliedrigen Streitgegenstandsbegriffs	305
d) Streitgegenstand und verbandsrechtliche Grundlagen der Anfechtungsbefugnis	306
e) Folgerungen für das Verhältnis von Verbindungszwang und Rechtshängigkeitssperre	308
3. Zum Zweck des Verbindungszwangs	308
II. Prozeßbeteiligung ohne Klagebefugnis	311
1. Das Gebot des rechtlichen Gehörs	311
2. Die streitgenössische Nebenintervention als Instrument der Prozeßbeeinflussung	313
3. Die Anwendung des § 69 ZPO auf mehrseitige Streitverhältnisse	314
a) Rechtsverhältnis zwischen Nebenintervenienten und Gegner der Hauptpartei?	314
b) Grenzen des Wortlauts und teleologische Extension	318
III. Die Folgen verwehrter Prozeßbeteiligung	321
1. Klagabweisendes Urteil	321
2. Stattgebendes Urteil	322
E. Aspekte der Kostengerechtigkeit	324
I. Die Risiko-Disparität zwischen Mehrheit und Minderheit	324
II. Die Legitimation der Disparität in der AG	324
1. § 117 VII Nr. 1 AktG	324

2. Entlastung des Passivrubrums	326
3. Mehrheitsprinzip als Legitimationsfaktor?	326
a) Mehrheitsprinzip und Richtigkeitsgewähr	326
b) Richtigkeitsgewähr und stattgebendes Anfechtungsurteil	327
F. Die positive Beschlußfeststellungsklage	328
I. Rechnerisch fehlerhaft verkündete Ablehnungsbeschlüsse	328
II. Treuwidrige Ablehnungsbeschlüsse	330
1. Die These von der Nichtigkeit treuwidriger Stimmen	330
2. Mängel in der Begründung der Nichtigkeitsthese	331
a) Überblick	331
b) Nichtigkeit der Stimmabgabe und allseitige Disposition über das Gesellschaftsinteresse	332
c) Die Aussagen des § 243 II AktG	333
d) Zur Prüfungskompetenz des Versammlungsleiters	333
e) Erste Ansätze zu einer Rechtsgeschäftslehre in Verbänden: Die Rechtsfolge von Verstößen gegen das Gesellschaftsinteresse	335
f) Ergebnis	336
3. Die Vereinfachungsfunktion der positiven Beschlußfeststellungs- klage	336
a) Die Vereinfachung bei der Klageerhebung	337
b) Die Vereinfachung bei der tatsächlichen Durchsetzung der gerichtlich festgestellten Zustimmungspflicht	337
c) Ergebnis: Positive Beschlußfeststellungsklage als zwingende Vervollständigung des Rechtsschutzes	339
4. Umverteilung der Rechtsschutzinitiative	341
a) Das rechtliche Gehör im Beschlußfeststellungsprozeß	341
b) Die These von der Notwendigkeit eines ergänzenden Zustim- mungsurteils	342
c) Gestaltungselemente im Beschlußfeststellungsprozeß	343
d) Prozessuale Vereinfachung und verbandsrechtliche Grundlagen	345
aa) Die besondere Schutzwürdigkeit des Klägers	345
bb) Mehrheitsprinzip und Vorrang der effektiven Zweck- verfolgung	345
5. Positive Beschlußfeststellungsklage auch bei Satzungsänderungen	347
III. Positive Beschlußfeststellungsklage und Einberufungsquorum	349
1. Bei rechnerisch fehlerhaft ermitteltem Abstimmungsergebnis	349
2. Bei treuwidriger Ablehnung des Beschlußantrags	350
IV. Zustimmungspflicht und Ermessensfehler	350
1. Problemstellung	350
2. Die Vielfalt rechtmäßiger Stimmabgaben	351
3. Befangenheit und Enthaltungspflicht	351
V. Positive Beschlußfeststellungsklage bei Beschlüssen mit individuellem Zustimmungserfordernis?	353

1. Der Zusammenhang von positiver Beschlußfeststellungsklage und Mehrheitsprinzip	353
2. Positive Beschlußfeststellungsklage und individuelles Zustimmungserfordernis	353
a) Fehlerhafte contra unwirksame Beschlüsse	353
b) Die Klage auf Feststellung der Unwirksamkeit	355
c) Klage auf Feststellung der Wirksamkeit?	358
d) Positive Beschlußfeststellungsklage und verbandsrechtliche Wertung	358
e) Positive Beschlußfeststellungsklage und Sonderbeschluß	359
VI. Der fehlerhafte positiv festzustellende Beschluß	360
1. Problemstellung	360
2. Der Anfechtungseinwand im Verfahren über die positive Beschlußfeststellungsklage	361
3. Neuerliche Anfechtungsklage gegen den gerichtlich festgestellten Beschluß?	361
a) Die Aussagen der Streitgegenstandslehre	362
b) Gestaltungsgrund und Rechtskraft	362
c) Folgerungen	363
G. Anfechtungsklage und Mitgliederwechsel	364
I. Aktienübergang nach Fristablauf	364
II. Aktienübergang vor Fristablauf und Klageerhebung	364
III. Aktienübergang nach Klageerhebung	366
IV. Das Schicksal der Nichtigkeitsklage	368
§ 6 <i>Der Beschlußmängelstreit in der GmbH</i>	370
A. Anfechtungsgegenstand	370
B. Anfechtungsbefugnis	372
I. Umfang der Anfechtungsbefugnis des Gesellschafters	372
1. Objektive Rechtskontrolle auch in der GmbH	372
2. Die Bedeutung des § 245 Nr. 1 AktG	373
a) 245 Nr. 1 AktG und das Verbot widersprüchlichen Verhaltens	373
b) Korrelation von Widerspruchserfordernis und Mehrheitsprinzip	374
c) Beschlüsse im schriftlichen Verfahren	376
II. Anfechtungsbefugnis des Geschäftsführers?	377
1. Die Bedeutung der Weisungsabhängigkeit	377
2. Die Notwendigkeit der Beschlußverteidigung durch den Geschäftsführer	377
3. Anfechtungsbefugnis analog § 245 Nr. 5 AktG	380
C. Anfechtungsklageerfordernis	381

I. Klageerfordernis und Realstruktur der GmbH	381
II. Die These von der „internen Nichtigkeit“ fehlerhafter Beschlüsse	383
III. Anfechtungserklärung statt Anfechtungsklage?	383
IV. Prozessuale Bedenken	384
1. Die allgemeine Feststellungsklage als Alternative zur Anfechtungsklage	384
2. Gesellschafter als Parteien des Feststellungsstreits?	384
3. Feststellungsklage durch und gegen die Gesellschaft?	386
4. Nichtigkeitsklage analog §§ 249 I 1, 241 Nr. 5 AktG	386
5. Der Verzicht auf das Klageerfordernis als Einbuße an Rechtssicherheit	388
6. Die rasche Klärung des Beschlußmängelstreits als universales Desiderat	389
7. Zum Argument der Überlastung der Gerichte	390
8. Realtypische Argumentation und Kleine AG	391
V. Ergebnis	392
D. Anfechtungsfrist	392
I. Die Anfechtungsfrist in der Praxis der Gerichte	392
II. Die Argumentation aus der Realstruktur	395
1. Tatsächliche Unterschiede zwischen AG und GmbH	395
2. Materiellrechtliche oder prozessuale Frist?	396
3. Fristbindung, Treuepflicht und die Ambivalenz der Realstruktur	397
III. Die Notwendigkeit einer festen Frist	399
IV. Fristbeginn	400
1. Grundsatz: Fristbeginn ab Beschlußfassung	401
2. Ausnahme: Spätere Einigung über den Beschlußinhalt	401
V. In Sonderheit: Vergleichsverhandlungen über den Beschluß	402
1. Interessenlage	402
2. Die analoge Anwendung des § 203 BGB n.F.	402
3. Überlegungsfrist	404
4. Vergleichsverhandlungen in der Kleinen AG	404
E. Gesellschaft als Klagegegner	405
I. Mediatisierung und Praktikabilität	405
II. Die Stellung unbeteiligter Gesellschafter	406
F. Die Rechtslage bei fehlender Beschlußverkündung in der GmbH	408
I. Die Feststellungsklage als statthafte Klageart	408
II. Parteien des Feststellungsprozesses	409
1. Ambivalenz der Rechtsbehauptung	409
2. Der drohende Beschlußvollzug: Ein Einwand?	410
3. Gesellschaft als Partei und Mehrheits-Vertrauen	411
4. Das Kompetenzschutzinteresse des Gesellschafters bei unklarem Beschlußinhalt	412

5. Doppeltes Rechtsschutzbegehren	412
6. Exkurs: Die Funktion der Beschlußverkündung in § 130 II AktG	414
III. Klagefrist?	415
IV. Der fehlerhafte festzustellende Beschluß	416
1. Problemstellung	416
2. Zum Vergleich: Die positive Beschlußfeststellungsklage	416
3. Die Beschlußmängel-Widerklage	417
G. Anwendung der §§ 241 ff. AktG auf unwirksame Beschlüsse in der GmbH?	418
§ 7 <i>Der Beschlußmängelstreit in der Personengesellschaft</i>	420
A. Zum Streitstand	420
I. Die Ablehnung der §§ 241 ff. AktG durch die herrschende Lehre	420
II. Die Korrelation der §§ 241 ff. AktG mit dem Mehrheitsprinzip	423
III. Personalistische und kapitalistische Gesellschaften	423
IV. Fehlerhafte Vertragsänderungen	424
B. Das Modell der §§ 241 ff. AktG – Einschränkung oder Erweiterung des Rechtsschutzes gegen fehlerhafte Beschlüsse?	425
I. Nichtigkeit nach §§ 134, 138, 125 BGB?	425
II. Nichtigkeit als Folge eines verbandsrechtlichen Aufhebungsanspruchs	427
1. Die Differenzierung zwischen interner und genereller Nichtigkeit	427
2. Nichtigkeit und Aufhebungsanspruch	428
3. Beschlüsse mit Außenwirkung?	429
a) Die grundsätzliche Beschränkung der Beschlußwirkungen auf das Verbandsinnenverhältnis	430
b) Die fehlende normative Relevanz der Außenwirkung für die Reichweite der Beschlußmängelfolgen	432
III. Nichtigkeit wegen Überschreitung der Mehrheitsbefugnisse?	434
1. Überschreitung der Mehrheitsbefugnisse und die Frage nach den Rechtsfolgen	435
2. Mehrheitsprinzip und Handlungsfähigkeit des Verbandes	435
3. Endgültige Wirksamkeit des nicht angefochtenen Beschlusses	436
4. Befugnis zur Berufung auf Beschlußmängel	437
5. Klageerfordernis und Klagegegner	438
6. Anfechtungsfrist	439
7. Vorläufige Wirksamkeit von Mehrheitsbeschlüssen bis zur gericht- lichen Klärung	440
8. Ergänzende Vertragsauslegung und Institutionenbildung	440
a) Die §§ 241 ff. AktG als rechtsformübergreifend angemessenes Lösungsmodell	440
b) Die historische Entwicklung der Beschlußkontrolle: Ein Einwand?	441

c) Nochmals: Der Zusammenhang mit dem Mehrheitsprinzip	441
d) Methodische Ableitung	442
C. Im einzelnen: Die §§ 241 ff. AktG in OHG und KG	444
I. Unstreitiger oder verbindlich festgestellter Mehrheitsbeschuß als Anfechtungsgegenstand	445
II. Einstimmiger Beschuß als Anfechtungsgegenstand?	446
1. Die §§ 241 ff. AktG als Antwort auf das Mehrheitsprinzip	446
2. Einstimmige Beschlüsse mit (unstreitigem) Stimmverbot	446
3. Einstimmig gefaßte, aber nichtige Beschlüsse	448
4. Klageverbindung bei mehrfachem Rechtsschutzbegehren	448
III. Anfechtungsbefugnis	450
1. Objektive Kontrollbefugnis?	450
2. Die Anfechtung von Geschäftsführungsbeschlüssen durch nichtgeschäftsführende Gesellschafter	452
3. Die Rolle des § 245 Nr. 1 AktG	453
D. Anwendung der §§ 241 ff. AktG auf unwirksame Beschlüsse?	454
I. Das von der Anfechtungsklage abweichende Klageziel	455
II. Gesellschaft als Beklagte?	456
1. Das Erfordernis eines unstreitigen Beschußinhalts	456
2. Umverteilung der Initiativbefugnisse	457
3. Vorsorge im Beschußverfahren	458
4. Die besondere Interessenlage in der Massengesellschaft	459
5. Ergebnis	460
III. Parteirolle bei Streit über die Tatsache der einstimmigen Beschuß- fassung	461
E. Die gerichtliche Durchsetzung von Zustimmungspflichten in der Personengesellschaft	462
I. Mehrheitsbeschlüsse	462
II. Einstimmige Beschlüsse	462
1. Der Unterschied zum Organisationsrecht der Kapitalgesellschaften	462
2. Die Vereinfachungstechnik der positiven Beschußfeststellungs- klage	464
3. Zum bisherigen Meinungsstand	465
a) Die Erzwingung der Zustimmung durch Leistungsklage	465
b) Unbeachtliche Zustimmungsverweigerung in Abhängigkeit vom Beschußgegenstand?	465
c) Unbeachtliche Zustimmungsverweigerung in Abhängigkeit von der Außenwirkung des Beschlusses?	466
d) Evidenz und Dringlichkeit	467
e) Stellungnahme	468
aa) Die Stimme als Willenserklärung	468
bb) Nichtigkeit treuwidriger Zustimmungsverweigerung?	468

cc) Ausschluß von der Abstimmung?	469
dd) Materielles Recht und Vereinfachung des Rechtsschutzes . .	469
4. Das Gestaltungs-klageprinzip und der Vorrang des Gesellschafts- interesses	471
a) Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung	471
b) Der Vorrang des Gesellschaftsinteresses bei Geschäftsführungs- entscheidungen	472
d) Kein Vorrang des Gesellschaftsinteresses bei Grundlagenstreitig- keiten	473
5. Parteien des Rechtsstreits	474
a) Gesellschaft als Klägerin	474
b) Gesellschafter als Kläger	475
c) Zustimmungspflichtiger Gesellschafter als Beklagter	476
III. Von der positiven Beschlußfeststellungsklage zu einer allgemeinen beschlußersetzenden Gestaltungsklage	477
1. Der Ursprung der positiven Beschlußfeststellungsklage: Komplettie- rung des Anfechtungsrechtsschutzes	477
2. Feststellungs- und Gestaltungselemente bei der positiven Beschluß- feststellungsklage	477
3. Der Anwendungsbereich der beschlußersetzenden Gestaltungs- klage	478
a) Negativbeschluß als Voraussetzung?	478
b) Zustimmungsbedürftiger Beschluß in der Kapitalgesellschaft? . .	479
c) Verweigerter Mehrheitsbeschluß	479
d) In Sonderheit: Verweigerter Gewinnverwendungsbeschluß in der GmbH	482
IV. Die Behandlung des treuwidrigen Widerspruchs nach § 115 I HGB . .	484
1. Nichtigkeit des treuwidrigen Widerspruchs?	484
2. Die Beseitigung des Widerspruchs durch Gestaltungsklage	486
3. Parteien des Rechtsstreits	487
V. Klagefrist für die beschlußersetzende Gestaltungsklage?	487
1. Fristablauf und Rechtmäßigkeit	487
2. Fortbestehende Verpflichtung der Gesellschafter zur Fassung eines gegenläufigen Beschlusses?	489
3. Folgerungen	490
a) Verweigerter Mehrheitsbeschluß	491
b) Mangels allseitiger Zustimmung nicht zustande gekommener Einstimmiger Beschluß	491

§ 8	<i>Rechtsformübergreifende Probleme des Beschlußmängelstreits</i>	493
A.	Die Gesellschaft als Beklagte in Personengesellschaft und GmbH: Gerechte Verteilung des Prozeßkostenrisikos?	493
I.	Der Einwand	493
II.	Vermeidung der Disparität durch Parteirollen-Zuweisung an Gesellschafter?	494
III.	Kompensation der Disparität durch materiellrechtlichen Erstattungsanspruch?	495
IV.	Folgerungen	497
1.	Kein Kostenrisiko für die Teilnahme an Verbandsentscheidungen	497
2.	Legitimationsprinzipien für die Verteilung von Kostenrisiken im gesellschaftsinternen Rechtsstreit	498
a)	Verdeckte Nachschußpflichten	498
b)	Die Zuständigkeit für die Inanspruchnahme des Gesellschaftsvermögens	498
B.	Die §§ 241 ff. AktG bei Verstoß gegen vertragliche Stimmbindungen	499
I.	Problemstellung	499
II.	Stimmbindung als Konkretisierung der Treupflicht?	500
III.	Stimmbindung als Quelle der Satzungsauslegung?	500
IV.	Stimmbindung als Regelung „der Gesellschaft“?	501
V.	Zum Stellenwert der Prozeßökonomie	502
VI.	Anfechtbarkeit des Beschlusses kraft ergänzender Vertragsauslegung	503
VII.	Die Rechtsverteidigung der Gesellschaft: Ein Einwand?	505
VIII.	Fehlende Publizität: Ein Einwand?	506
IX.	Kollision der Kontrollmaßstäbe: Ein Einwand?	507
1.	Verkappte Rückkehr zum Einstimmigkeitsprinzip?	507
2.	Zum Rangverhältnis kollidierender Stimmpflichten	509
3.	Vertraglich vereinbarte Satzungsänderung oder Satzungsabweichung	509
X.	Stimmbindung und Vollstreckbarkeit: Ein Einwand?	510
1.	Der Ansatz	510
2.	Die Abstimmungsfreiheit unter dem Eindruck drohender Schadensersatzpflicht	511
3.	Die Besonderheiten allseitiger Stimmbindungen	512
XI.	Anfechtungsfrist	513
C.	Der organübergreifende Beschlußmängelstreit	514
I.	Verwaltungsorgane in der GmbH außerhalb der Geschäftsführung	515
1.	Obligatorischer Aufsichtsrat	515
2.	Fakultative Organe	516
a)	Meinungsstand	516

b) Kritik	517
c) Anfechtungsbefugnis und Prozeßmodell als Ergebnis der Satzungsauslegung	518
II. Genehmigtes Kapital mit Bezugsrechtsausschluß	519
1. Materiellrechtliche Voraussetzungen	519
2. Aktionärsklage zur Abwehr des Eingriffs in die mitgliedschaftliche Rechtsstellung?	520
3. Anfechtungsklage gegen den Vorstandsbeschluß	521
a) Anmeldepflichten bei der Kapitalerhöhung	521
b) Informationsrechte der Aktionäre	521
aa) Die Verweisung in § 203 II 2 AktG auf § 186 IV AktG	521
bb) Die These von der Vorab-Berichtspflicht bei Ausnutzung des genehmigten Kapitals	523
cc) Vorabbericht und Gesetzeswortlaut	525
dd) Vorab-Berichtspflicht und Effizienz der Kapitalmaßnahme	526
c) Prozessuale Folgerungen	530
d) Nochmals: Zum Zweck des Vorabberichts	532
III. Exkurs: Befristung der Kompetenzschutzklage?	533
D. Die konkurrierende Kompetenzschutzklage	535
I. Problemstellung	535
II. Die Kompetenzschutzklage bei unklarem Beschlußinhalt	536
III. Die Kompetenzschutzklage während rechtshängiger Anfechtungs- klage	537
1. Der Vorstand in der Zwickmühle widerstreitender Rechtsschutz- begehren	537
2. Zur Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	538
3. Die analoge Anwendung der §§ 246, 248 AktG	539
4. Rechtsbehauptung und Legitimation	540
5. Der Inhalt der Bekanntmachung nach § 246 IV AktG	541
6. Exkurs: Verbindung von Beschlußmängel- und Kompetenzschutz- klage?	541
a) Kein Kompetenzschutzanspruch vor rechtskräftigem stattgeben- dem Anfechtungsurteil	541
b) Kompetenzschutzantrag als uneigentliche Eventualklage	541
c) Der Streit um die Zulässigkeit der uneigentlichen Eventual- häufung	542
d) Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung	543
E. Kompetenzschutzklage und gegenläufige Beschlußmängelklage	544
I. Aktiengesellschaft	544
II. GmbH	545
III. Personengesellschaft	546
IV. In Sonderheit: Der Streit um den Widerspruch nach § 115 I HS 2 HGB	547
V. Zur Verteilung der Prozeßkosten	548

§ 9	<i>Zwischenergebnis</i>	550
A.	Die Parteirolle der Gesellschaft als Antwort auf das Zweiparteienprinzip	550
B.	Leistungsgrenzen des Mediatisierungsmodells	551
I.	Das bipolare Rechtsverhältnis bei actio pro socio und Ausschlußklage	551
II.	Das multipolare Rechtsverhältnis im Beschlußmangelstreit	551
1.	Inter-partes-Wirkung des klagabweisenden Beschlußmangelurteils	551
2.	Antagonismus der Prozeßparteien und das Vertrauen der unbeteiligten Aktionäre	552
3.	Exkurs: Kein Anerkenntnis im aktienrechtlichen Beschlußmangelverfahren	552
a)	Rechtsschutzvertrauen und Verteidigungspflicht	552
b)	Die Erfüllung der Verteidigungspflicht als Teil der Garantie rechtlichen Gehörs	554
c)	Die Mitwirkung des Aufsichtsrats: Ein ausreichender Schutz für die Aktionäre?	556
4.	Alleinige Initiativbefugnis der Beschlußgegner	556
5.	Multipolarität und Indifferenz	557
C.	Zwei Modelle allseitig verbindlicher Klärung gesellschaftsinterner Streitigkeiten	558
I.	Gesellschaft als Partei	558
II.	Klage gegen einen Mitgesellschafter unter Beiladung der übrigen	559
III.	Optionenwahl	561
§ 10	<i>Organstreitigkeiten</i>	562
A.	Fehlerhafte Aufsichtsratsbeschlüsse	562
I.	Die Ablehnung der §§ 241 ff. AktG durch die herrschende Meinung	562
II.	Kritik	565
III.	Die Ausgestaltung des Beschlußkontrollverfahrens in Analogie zu §§ 241 ff. AktG	566
1.	Differenzierung zwischen nichtigen und anfechtbaren Beschlüssen	566
a)	Orientierung am Katalog der §§ 241 ff. AktG	566
b)	Einberufungsmängel	567
c)	Mitbestimmungs- und Gleichheitsverstöße	568
d)	Beschlußunfähigkeit	569
e)	Kompetenzüberschreitung	569
f)	Beschlüsse außerhalb einer Sitzung	570
2.	Klageerfordernis bei lediglich anfechtbaren Beschlüssen	570
3.	Anfechtungsbefugnis	571
4.	Verfahren	573

a) Klagegegner und Prozeßvertretung	573
b) Rechtskraft	575
5. Anfechtungsfrist	576
IV. Aufsichtsräte in anderen Gesellschaftsformen	577
B. Die Funktionengliederung im AG-Organisationsrecht: Überblick über das Streitpotential	578
C. Der Streit um Informationspflichten	578
I. Die herrschende Lehre	578
II. Die Lehre vom Organrecht	579
III. Die Lehre vom objektiven Rechtsbeanstandungsverfahren	580
IV. Das Gesellschaftsvermögen als Streitvermögen des Interorganstreits	581
V. Stellungnahme	581
1. Das materiellrechtliche Konzept der herrschenden Lehre	581
a) Widersprüchliche Deutung von § 90 III 1 und 2 AktG	582
b) Informationsanspruch und Wissenszurechnung (§ 90 III 1 AktG)	582
c) Kein Kompetenzschutz im eigenen Interesse des Aufsichtsrats- mitglieds (§ 90 III 2 AktG)	583
d) Die Gesellschaft als Partei im Beschlußmängelprozeß: ein Einwand?	583
e) Die Gesellschaft als Gegnerin mitgliedschaftlicher Kompetenz- schutz- und Auskunftsansprüche: ein Einwand?	584
2. Gesellschaftsvermögen als Streitvermögen?	586
a) Die Indifferenz der Gesellschaft zum Streitgegenstand	586
b) Die funktionelle Parteilehre	587
c) Die Übertragung der funktionellen Parteilehre auf den Organ- streit	587
d) Insichprozeß und Zweiparteienprinzip	589
3. Das Organrecht als notwendiges Korrelat einer funktionen- gegliederten Organisation	590
a) Organrechte in Abgrenzung zu subjektiven Rechten	590
b) Relative Rechtsfähigkeit?	591
c) Subjektives Recht und Fremdnützigkeit	592
d) Rechtsschutz nur für Beziehungen des Außenrechts?	593
e) Innenrechtsstreit und Anspruchsstruktur	593
4. Im einzelnen: Die Zuordnung von Organrechten und -pflichten	594
VI. Der Einfluß der Neubesetzung von Organen während des Prozesses	596
1. Austausch von Mitgliedern des prozeßführenden Kollegiums	596
2. Austausch des prozeßführenden Einzelmitglieds	598
D. Durchsetzung von Zustimmungsvorbehalten	599
I. Aktienrechtliche Kompetenzordnung als rechtsschutzlose Zone?	600
1. Der Ansatz	600

2. Kritik	601
II. Das Gedankengut der Kompetenzschutzklage	602
1. Subjektives Recht oder Ersatzaufsicht?	602
2. Subsidiäres Klagerecht	603
3. Der Gegner des organschaftlichen Befolungsanspruchs	604
E. Die Aufsichtsratsminderheit im Kampf gegen die Aufsichtsratsmehrheit und den Vorstand	605
I. Der Fall Felten & Guilleaume	605
II. Der Fall Adam Opel	605
III. Der Fall ARAG/Garmenbeck	606
IV. Problemstellung	606
V. Meinungsstand	607
VI. Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung	608
VII. Das Kompetenzschutzinteresse des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds	608
1. Ausgangspunkt: Beschlußmängelklage zur Erzwingung der Zustimmungsverweigerung	608
2. Das Vorgehen bei statutarischem Zustimmungsvorbehalt	611
3. Das Vorgehen bei ad-hoc-Zustimmungsvorbehalt	611
4. Das Problem der Eventualklage gegen Dritte	611
5. Aufsichtsrats-Klagebefugnisse und Corporate Governance	614
6. Die actio pro socio: Eine alternative dogmatische Grundlage?	615
7. Zur Bedeutung des § 245 Nr. 5 AktG	616
a) Der Ansatz	616
b) Zum Normzweck des § 245 Nr. 5 AktG	616
c) Folgerungen	618
F. Schadensersatzklagen einzelner Aufsichtsratsmitglieder?	619
I. Problemstellung	619
II. Actio pro socio und mitgliedschaftliches Eigeninteresse	620
III. Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung	620
G. Organschaftlicher Kompetenzschutzstreit in anderen Gesellschaftsformen	622
§ 11 Die Mediatisierung der Parteistellung und ihre Grenzen	624
A. Die Auflösungsklage	624
I. GmbH	624
1. Gestaltungswirkung für und gegen alle an der Gesellschaft Beteiligten	624
2. Die Rechtsstellung der unbeteiligten Gesellschafter	625
a) Erstreckung der Gestaltungswirkung	625
b) Erstreckung der Rechtskraft	627

3.	Gesellschaft als Beklagte und Projektionsidee	628
a)	Prozessualer und materieller Ansatz	628
b)	Kein Existenzrecht der Gesellschaft um ihrer selbst willen	628
c)	Die Aussagen der Projektionsidee	629
d)	Parteirolle und Prozeßökonomie	630
II.	Personengesellschaft	631
1.	Der Wortlaut des § 133 HGB: Zwingende Prozeßbeteiligung aller Gesellschafter	631
2.	Gestaltungswirkung nur für die am Prozeß beteiligten Gesellschaf- ter	632
3.	Klage gegen die Gesellschaft?	632
a)	Die Parallele zur Ausschlußklage	633
aa)	Die organisationsrechtliche Komponente des Gesellschafts- vertrags	633
bb)	Die Projektionsidee	634
b)	Die Parteirollenverteilung im gesellschaftsinternen Konflikt	634
III.	Mitgliederwechsel während des Auflösungsprozesses	635
1.	Meinungsstand	635
2.	Mitgliederwechsel auf Klägerseite	636
a)	Auflösungsrecht als Desinvestitionsrecht	636
b)	Auflösungsrecht als Abwehr drohender Ungleichbehandlung	637
3.	Veräußerung auf Beklagtenseite	638
B.	Die Rechtslage in der Zweimanngesellschaft	638
I.	Mediatisierung und Prozeßökonomie	638
II.	Kostengerechtigkeit	639
III.	Einzelfragen	640
1.	Einforderung von Sozialansprüchen und Ausschlußklage	641
2.	Auflösungsklage	642
3.	Beschlußmängelstreitigkeiten	643
4.	Kompetenzschutzklage	644
5.	In Sonderheit: Das Abberufungsduell zweier Gesellschafter- Geschäftsführer einer GmbH	645
IV.	Die Rechtsstellung eines später beitretenden Gesellschafters	647
1.	Actio pro socio und Ausschlußklage	647
2.	Beschlußmängelstreitigkeiten	648
C.	Das Ausschlußduell zweier Gesellschafter	649
I.	Problemstellung	649
II.	Die Gesellschaft als untaugliche Streitpartei	651
III.	Die Rechtslage bei Ausschlußreife beider Kontrahenten	652
1.	Wichtiger Grund und Verhalten der Mitgesellschafter	652
2.	Ausschluß beider Gesellschafter durch stattgebendes Urteil auf Klage und Widerklage?	654
a)	Die Notwendigkeit eines doppelten Ausschließungsbeschlusses	654

b) Keine Verteidigung des Gesellschaftsinteresses durch ausschluß- reifen Gesellschafter	654
c) Amtswegige Information der unbeteiligten Gesellschafter und Hauptintervention der Gesellschaft	655
d) Actio pro socio und Hauptintervention	657
D. Der Feststellungsstreit im Grundlagenbereich	657
I. Der Ausschluß durch Gesellschafterbeschluß	658
1. Problemstellung	658
2. Die Rechtsprechung zum Ausschließungsbeschluß in Personengesell- schaften	658
3. Materiellrechtlich notwendige Streitgenossenschaft zwischen allen Gesellschaftern	661
4. Gesamtanalogie zu §§ 856 ZPO, 248 AktG	662
5. Drittfeststellungsklage der Gesellschaft	664
a) Der Ansatz	664
b) Anspruch und Rechtsverhältnis	665
c) Abschied von der Drittfeststellungsklage	667
aa) Materiellrechtliche Abhängigkeit von Rechtsverhältnissen	667
bb) Die Lehre von der Drittwirkung der Rechtskraft	668
cc) Urteilswirkungen und rechtliches Gehör	669
dd) Feststellungswirkung inter omnes?	670
ee) Urteilsbindung kraft materiellen Rechts	671
ff) Das Verhältnis des Drittfeststellungsurteils zum Fest- stellungsurteil zwischen den Parteien des Drittrechts- verhältnisses	671
gg) Folgerungen	672
6. Stellungnahme: Anfechtung des Ausschließungsbeschlusses	673
a) Ausgangspunkt: Die Rechtslage in der GmbH	673
b) In Sonderheit: Die rechtsmißbräuchliche Berufung auf die Verfristung der Anfechtungsklage	676
c) Folgerungen für die Personengesellschaft	678
d) Ergebnis	679
II. Personelle Veränderungen ohne Gesellschafterbeschluß	680
1. Optionenwahl	680
2. Gesellschaft als Prozeßpartei, vertreten durch alle übrigen Gesell- schafter?	681
a) Der Ansatz	681
b) Organisationskompetenz und Vertretungsmacht	681
c) Rechtsbehauptung und Legitimation	682
d) Legitimation durch allseitige Gesamtvertretung?	683
e) Legitimation durch Gesellschaftsvertrag oder Gesellschafter- beschluß?	685
3. Prozeß zwischen den Gesellschaftern nach dem Modell des § 856 ZPO	686

4.	Die Mitgliedschaftsfeststellung in der GmbH	687
a)	Zum Streitstand	687
b)	Rechtsbehauptung und Legitimation	688
c)	In Sonderheit: Der Streit um die Kaduzierung eines Geschäftsanteils	689
5.	Exkurs: Andere Statusstreitigkeiten	690
a)	Grundsatz: Prozeß zwischen den Gesellschaftern nach dem Modell des § 856 ZPO	690
b)	Der Streit um die Wirksamkeit von Bestimmungen im ursprünglichen Gesellschaftsvertrag	691
c)	Der Streit um Bestand und Umfang mitgliedschaftlicher Förderpflichten	691
6.	In Sonderheit: Der Streit um die vollzogene Auflösung der Gesellschaft	692
7.	Die Bindung der Gesellschaft an das zwischen den Gesellschaftern ergangene Urteil	693
a)	Rechtsformspezifische Argumentation in der Rechtsprechung des BGH	693
b)	Die organisationsrechtliche Bindung der Gesellschaft an Urteile zwischen allen Gesellschaftern	693
III.	Der Streit um die Wirksamkeit der Übertragung vinkulierter Aktien oder Geschäftsanteile	696
1.	Problemstellung	696
2.	Der Erwerber als Kläger	696
3.	Die Gesellschaft als Beklagte	697
a)	Die Gesellschaft als materiellrechtliche Gegnerin des Zustimmungsanspruchs	697
b)	Rechtsbehauptung und Legitimation (AG)	698
c)	Rechtsbehauptung und Legitimation (GmbH)	698
aa)	Individualzustimmung des Gesellschafters	699
bb)	Entscheidung des Geschäftsführers aus eigener Zuständigkeit	699
cc)	Genehmigung durch Gesellschafterbeschuß	699
d)	Ergebnis	702
E.	Die Problematik des doppelten Rechtsschutzbegehrens	703
I.	Problemstellung	703
II.	Fallgruppen	704
1.	Beschlußmängelklage und Klage auf Feststellung des Beschlußinhalts	704
2.	Auflösungsklage und Klage auf Feststellung der vollzogenen Auflösung	704
3.	Übertragung vinkulierter Geschäftsanteile einer GmbH	704
4.	Weitere Fallgestaltungen	706
III.	Lösungsvorschlag	706

1. Die Notwendigkeit der rechtskräftigen Entscheidung über den Grundlagenstreit	706
2. Die Gesellschaft als Hilfsbeklagte?	708
3. In Sonderheit: Der Beschlußmängelstreit	709
4. In Sonderheit: Der Auflösungsrechtsstreit	710
5. In Sonderheit: Die Ausschlußklage	711
§ 12 <i>Die wichtigsten Ergebnisse in Thesen</i>	713
Literaturverzeichnis	727
Sachregister	771